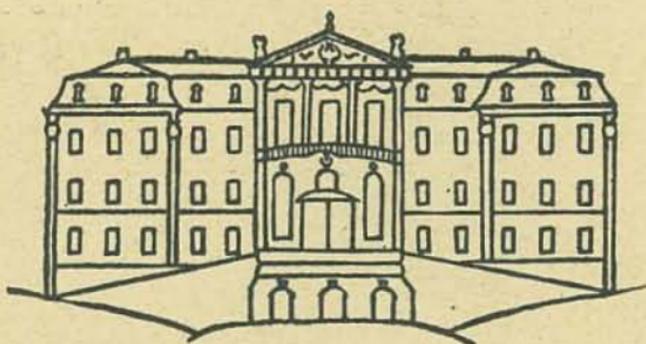


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Macht des Friedens

Zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR



213

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Macht des Friedens

Zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR

1982

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Zum 60. Male jährt sich am 30. Dezember 1982 der Tag, an dem der erste multinationale Arbeiter-und-Bauern-Staat der Weltgeschichte gegründet wurde. Dieser 60. Jahrestag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein Feiertag nicht nur für das Sowjetvolk — er ist ein Festtag für die Freunde der UdSSR auf allen Kontinenten, ein Festtag auch für uns christliche Demokraten, die wir der Sowjetunion, dem Pionier des Weltfriedens und des Menschheitsfortschritts, in enger Freundschaft verbunden sind.

Wir begehen dieses Jubiläum in einer Zeit, die bestimmt ist vom Kampf der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft gegen die Hochrüstung- und Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise des Imperialismus, vom Widerstand der Friedenskräfte gegen die Atomkriegsgefahr, die von dem abenteuerlichen Kurs insbesondere der gegenwärtigen USA-Regierung ausgeht. Er bedroht den Frieden der Völker in einem Maße wie noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Gerade in dieser zugespitzten internationalen Situation bewährt sich die Sowjetunion — gestützt auf das Friedensprogramm des XXVI. Parteitag der KPdSU — als sicherer Hort des Weltfriedens, verkörpert sie die Hoffnung der Völker auf eine friedliche und glückliche Zukunft der Menschheit.

Diese Hoffnung nahm ihren Anfang vor sechseinhalb Jahrzehnten, als in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Sozialismus erstmals reale gesellschaftliche Gestalt gewann. Sie bestätigte sich vor 60 Jahren, als sich die Völker Rußlands, der Ukraine, Belorußlands und Transkaukasiens aus freiem Willen zu gleichberechtigter, freundschaftlicher Zusammenarbeit in einer einheitlichen Union sozialistischer Republiken zusammenschlossen. Damit wurde zugleich die friedenssichernde Kraft des realen Sozialismus gesteigert, wurde sein weltpolitisches Gewicht wesentlich erhöht. Seitdem erweist und bewährt sich die UdSSR als die Hauptmacht des Friedens und des Völkerfortschritts auf unserer Erde.

Vier große Bewegungen waren es, die in der Oktoberrevolution zusammengefloßen waren und die gleichermaßen ihren Sieg gewährleisteten:

- Das war zum ersten und vor allem die Forderung der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Werktätigen: „Alle Macht den Sowjets!“ — die Bewegung also, mit der die Machtfrage als die entscheidende Aufgabe der Revo-

lution eindeutig und unwiderruflich zugunsten des arbeitenden Volkes entschieden wurde.

- Das war zum anderen die Losung: „Den Bauern das Land!“ — die Losung also, unter der das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern als wichtigste soziale Grundlage für den Erfolg der Revolution geschaffen wurde.
- Das war zum dritten das Verlangen: „Frieden den Völkern!“ — die Losung, die in Lenins Dekret über den Frieden, dem ersten gesetzgeberischen Akt der jungen Sowjetmacht, ihren Ausdruck fand.
- Und das war viertens das Bestreben, den unterdrückten Nationen und Völkernschaften des ehemaligen zaristischen Reiches endlich Freiheit und gleiche Rechte zu gewähren.

Diese vier revolutionären Strömungen waren auf das engste miteinander verbunden. Erst dadurch, daß die soziale Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durch die Oktoberrevolution aufgehoben wurde, konnte es möglich werden, auch die nationale Unterdrückung der Völkernschaften in den vormaligen Randgebieten des russischen Reiches aufzuheben, ihre ökonomische und soziale Rückständigkeit zu überwinden, ihr Bildungs- und Kulturniveau zu entwickeln.

In der Deklaration der Rechte der Völker Rußlands und in der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vor 60 Jahren fand das internationalistische Wesen des Sozialismus seinen überzeugenden Ausdruck. Seitdem wird die Leninsche Nationalitätenpolitik beharrlich und erfolgreich verwirklicht. Durch die Bildung der UdSSR wurden die Kräfte des Sowjetvolkes vervielfacht, wurde die sozial-ökonomische Entwicklung des Sowjetlandes erheblich beschleunigt. Die einheitliche Volkswirtschaft der Sowjetunion wurde zur materiellen Grundlage für das freundschaftliche Verhältnis zwischen den rund 100 Nationen und Völkernschaften auf dem Boden der UdSSR.

Die außerordentlich rasche Entwicklung der Sowjetunion insgesamt und jeder einzelnen Sowjetrepublik bezeugt unwiderlegbar, welche Kraft die sozial und national befreiten Völker zu entwickeln vermögen, wenn sie sich — geführt von der Partei der Arbeiterklasse — im Zeichen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln planmäßig und frei entfalten können.

- Der Nationalreichtum der Sowjetunion hat sich in den Jahren der Sowjetmacht mehr als verdoppelt — und dies, obwohl er infolge der faschistischen Aggression im zweiten Weltkrieg um mehr als 30 Prozent dezimiert worden war. Heute beträgt er 2,9 Billionen Rubel. Im vergangenen Jahr wurde in 2,2 Tagen ebensoviel Nationaleinkommen produziert wie 1922 im ganzen Jahr.
- Im Vergleich zum Gründungsjahr der UdSSR wird 1982 das Nationaleinkommen auf das 173fache ansteigen, die Industrieproduktion auf das 537fache, die Erzeugung von Produktionsmitteln auf das 1413fache, die Herstellung von Konsumgütern auf das 158fache. In der Landwirtschaft lag die Bruttoproduktion im vergangenen Jahr um das 5,2fache höher als 1922.
- Von damals bis heute stieg beispielsweise die Erdölförderung von 4,7 auf 614 Millionen Tonnen, die Kohleförderung von 11,3 auf 727 Millionen Tonnen, die Stahlproduktion von 0,3 auf 155 Millionen Tonnen.

Der Staatsplan und der Haushaltsplan der Sowjetunion sehen vor, das Entwicklungstempo der Wirtschaft zu beschleunigen, den absoluten Zuwachs des Nationaleinkommens, der Industrieproduktion und der landwirtschaftlichen Produktion zu vergrößern. Gleichzeitig hat Juri Andropow, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, darauf aufmerksam gemacht, daß die Effektivität der sowjetischen Volkswirtschaft gesteigert werden, die Arbeitsproduktivität rascher anwachsen muß, daß Wissenschaft und Produktion enger miteinander verbunden werden müssen. Er hat auf viele brennende Aufgaben in der sowjetischen Volkswirtschaft und auf die großen Reserven hingewiesen, die noch zu nutzen sind, beispielsweise bei der Einführung neuer Technik oder im rationellen Umgang mit den Ressourcen an Material und Arbeitskraft, im sparsamen und wahrhaft wirtschaftlichen Umgang mit dem Reichtum des Sowjetvolkes, um die Plankennziffern zu erfüllen und den Wohlstand der Werktätigen zu erhöhen.

Jede Sowjetrepublik trägt das Ihre dazu bei, den Nationalreichtum des Landes zu mehren. Viele dieser Republiken, die bis 1917 wirtschaftlich und sozial zurückgeblieben waren, haben sich seitdem überdurchschnittlich rasch entwickelt.

- So erhöhte sich im Vergleich zu 1922 die Industrieproduktion in der Armenischen Sozialistischen Sowjetrepublik auf das 1036fache, in der Kasachischen Republik auf das

928fache, in der Tadshikischen Republik auf das 902fache, in der Kirgisischen Republik auf das 711fache.

- Die gleiche Entwicklung ist in jenen Republiken festzustellen, die erst seit den vierziger Jahren zum einheitlichen Staatsverband der UdSSR gehören. So wuchs von 1940 bis 1982 der Bruttoumfang der Industrieproduktion in Lettland auf das 47fache, in Estland auf das 50fache, in Litauen auf das 63fache. Die moldauische Industrie produziert heute in einer Woche ebensoviel wie vor 1940 in einem ganzen Jahr.
- Allein in Armenien wurden in den Jahren der Sowjetmacht nicht weniger als 600 Industriebetriebe neu errichtet. Eine Republik wie Kirgisien, in der es bis in die zwanziger Jahre überhaupt keine Industrie gab, exportiert heute ihre Produkte in 55 Länder der Welt.

All das ist ein einziger Tatsachenbeweis für den Erfolg der Leninschen Nationalitätenpolitik, für die Richtigkeit dessen, was das Zentralkomitee der KPdSU in seinem Beschluß zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR mit den Worten umreißt: „Die Geschichte kennt keinen Staat, der in so kurzer Zeit so viel für die allseitige Entwicklung der Nationen und Völkerschaften getan hat wie die UdSSR — das sozialistische Vaterland aller unserer Völker.“ In diesem Prozeß entwickelte sich zwischen den Nationen und Völkerschaften der Sowjetunion ein Verhältnis gegenseitiger Achtung, vertrauensvoller Zusammenarbeit und brüderlicher gegenseitiger Hilfe. Seinen sichtbarsten Ausdruck findet es beispielsweise auf den großen Baustellen des Sozialismus/Kommunismus im europäischen Teil der UdSSR, aber auch in Sibirien und Mittelasien, im Fernen Osten und im hohen Norden des Sowjetlandes, so etwa beim Bau der Baikal-Amur-Magistrale oder der neuen großen Energie- und Industrieobjekte im östlichen Teil des Landes.

Vor allem ist es also der Aufbau der materiell-technischen und ökonomischen Grundlagen der neuen Gesellschaft, der die gegenseitige Annäherung der Nationen und Völkerschaften der UdSSR fördert und beschleunigt. Doch ist dieses Zusammenwachsen gleichzeitig eine große politische Aufgabe und ein Ergebnis zielstrebigem ideologischer Arbeit der KPdSU, die alles dafür tut, daß die Ideale der Arbeiterklasse zu Idealen des gesamten Sowjetvolkes werden. Sorgfältig berücksichtigt sie die nationalen Traditionen und Gefühle der Völker der UdSSR, ihre spezifischen Interessen

und Bedürfnisse. Entschieden bekämpft sie alle Überbleibsel des bürgerlichen Nationalismus und alle Versuche der imperialistischen Propaganda, nationalen Hader am Leben zu erhalten oder neu zu erwecken. Sie stärkt den politisch-moralischen Zusammenhalt der Nationen und Völkerschaften und orientiert sie unablässig auf das gemeinsame Ziel, die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten und dadurch Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus zu schaffen.

Die Erfahrungen der Sowjetunion sind der geschichtsgültige Beweis dafür, daß allein der Sozialismus imstande ist, die nationale Frage zu lösen. Die Eintracht und Zusammenarbeit zwischen den Nationen und Völkerschaften der UdSSR, die sich fest um das russische Volk geschlossen haben, stellt das reale Vorbild für das brüderliche Zusammenwirken zwischen den Völkern der sozialistischen Staatengemeinschaft dar und bezeugt den humanistischen Charakter des Sozialismus im Gegensatz zur Welt des Kapitals. Die dort verkündete Gleichberechtigung der Nationen trägt nur allzuoft lediglich formalen Charakter. Die Praxis in den Vereinigten Staaten, in Nordirland, in Israel, im Süden Afrikas und in vielen anderen kapitalistischen Ländern beweist, daß nationale Ungleichheit und Rassismus vielerorts zu den Wesenszügen der bürgerlichen Gesellschaft gehört.

Auch das Verhältnis zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern beruht auf diesem Prinzip der nationalen Ungleichheit. Mit den Methoden des Neokolonialismus versuchen die führenden imperialistischen Staaten und die transnationalen Monopole nach wie vor, die zu nationaler Selbständigkeit erwachten Völker in Abhängigkeit zu halten. Der oftmals noch äußerst niedrige Entwicklungsstand dieser Länder ist eine Folge fortgesetzter kapitalistischer Ausbeutung, die beispielsweise die Auslandsschulden dieser Staaten auf mehr als 400 Milliarden Dollar ansteigen ließ. Um so aufmerksamer wird in den national befreiten Ländern das Beispiel der Sowjetunion studiert, in der es gelungen ist, alle vormalig benachteiligten und diskriminierten Völker in den früheren nationalen Randgebieten unter Umgehung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums zu gleichberechtigter Teilnahme am Aufbau der neuen Gesellschaft zu befähigen.

Der XXVI. Parteitag der KPdSU hat beschlossen, das materielle und geistige Potential jeder Sowjetrepublik weiter zu

steigern und maximal für die harmonische Entwicklung des ganzen Landes einzusetzen. Der feste staatliche Zusammenschluß der sowjetischen Nationen und Völkerschaften, ihr brüderliches Bündnis, ihre kameradschaftliche Zusammenarbeit sind ein wichtiges Unterpfand für die Lösung der künftigen Aufgaben, die auf diesem Parteitag vorgezeichnet wurden: die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen, das Lebensniveau der Werktätigen ständig zu heben, die sozialistische Staatsmacht zu festigen, die sozialistische Ideologie und Kultur weiter auszuprägen, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu stärken.

Gleichzeitig mit den neuen Vorhaben des kommunistischen Aufbaus beschloß der XXVI. Parteitag der KPdSU das Friedensprogramm für die achtziger Jahre. Klar ersichtlich wird daraus der tiefe gesetzmäßige Zusammenhang zwischen der Stärke des Sozialismus und den neuen Aufgaben im Kampf um den Frieden.

1982 ließ der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der DDR, Pjotr A. Abrassimow, im Union Verlag ein Buch erscheinen, dessen Titel ein Bekenntnis darstellt: „Frieden — das ist das Wichtigste“. Das Grundanliegen, das in diesem Leitwort seinen Ausdruck findet, verbindet uns christliche Demokraten wie alle Bürger unserer Republik auf das engste mit der UdSSR. Frieden — das ist in der Tat die entscheidende Voraussetzung für alles, worauf die Völker hoffen und wofür sie kämpfen: für ein Leben ohne Furcht vor dem morgigen Tag, für sozialen Fortschritt, für den Wohlstand aller, für das Glück jedes einzelnen und seiner Familie in sozialer Sicherheit und Geborgenheit.

Das sind Ziele, für die sich progressive, friedliebende Christen an der Seite aller anderen humanistischen Kräfte seit jeher eingesetzt haben — Ziele, die der Sozialismus, und allein er, erstmalig und umfassend in die Tat umsetzen kann. Den gesellschaftlichen Beweis dafür erbrachte die Entwicklung des Sowjetlandes seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und seit der Gründung der UdSSR. Was sie für die Geschichte der Menschheit, für die soziale und nationale Befreiung der Völker, für den Frieden der Welt geleistet hat, trägt wahrhaft bahnbrechenden Charakter. Deshalb sind wir christlichen Demokraten als Bürger des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates, als Bündnispartner der Arbeiterklasse und ihrer Partei dem Sowjetvolk in fester Freundschaft verbunden; deshalb gehört diese Freundschaft seit Jahrzehnten zu den unverrückbaren Ausgangspunkten unseres gesell-

schaftlichen Denkens und Handelns, zu den Wesensmerkmalen der politischen Haltung und Aktivität unserer Partei.

Der Sozialismus ist die Ordnung, die Frieden braucht und Frieden bringt. Das wird durch die sowjetische Außenpolitik von ihren Anfängen bis in die Gegenwart überzeugend bewiesen.

● Die Geschichte dieser Friedenspolitik beginnt am 8. November 1917 — dem Tag nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — mit dem Dekret über den Frieden, dem ersten und grundlegenden außenpolitischen Akt der jungen Sowjetmacht. Darin wandte sich die Provisorische Regierung Sowjetrußlands an alle kriegführenden Völker und deren Regierungen mit dem Aufruf, „sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen“, und erklärte, daß sie eine Fortsetzung des imperialistischen ersten Weltkriegs „für das größte Verbrechen an der Menschheit“ halte. Sie forderte, daß „ein sofortiger Friede ohne Annexionen und ohne Kontributionen“ geschlossen werde, und erklärte sich bereit, „sofort, ohne die geringste Verzögerung, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen“, die zu diesem Ziel führen würden.

● Ein Programm des Friedens und der Abrüstung legte die junge Sowjetrepublik bereits auf der ersten internationalen Konferenz, an der sie teilnahm, nämlich auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genua, im Frühjahr 1922 vor. Dieses Programm sah vor, die Rüstungen und Streitkräfte aller Staaten zu begrenzen und zu verringern, alle barbarischen Formen der Kriegführung — insbesondere den Gas- und den Luftkrieg — zu verbieten und stabile zwischenstaatliche Handelsbeziehungen ohne Diskriminierung zu entwickeln.

● Der 1. Tagung der Internationalen Abrüstungskonferenz in Genf unterbreitete die Sowjetunion im Februar 1932 ein erstes umfassendes Programm für die allgemeine und vollständige Abrüstung. Darin schlug sie vor, alle Kriege zu ächten, alle Militärangehörigen zu entlassen, alle Waffen und Kriegsausrüstungen zu vernichten, alle militärischen Stützpunkte im Ausland zu beseitigen, die Rüstungsindustrie zu liquidieren sowie alle militärischen und paramilitärischen Organisationen aufzulösen.

● Im März 1938 schlug die Sowjetregierung vor, eine internationale Konferenz zur Erhaltung des Friedens einzuberufen. Diese Initiative war Bestandteil des Bestrebens der UdSSR, einen Vertrag über die kollektive Sicherheit der europäischen Staaten gegenüber den Aggressionsabsichten des

Hitlerreiches zustande zu bringen. Jedoch widersetzten sich die imperialistischen Mächte diesem Bestreben ebenso wie den sowjetischen Vorschlägen, zu Vereinbarungen über die Abrüstung zu gelangen.

● Am 19. Juni 1946 unterbreitete die Sowjetunion in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen — wenige Monate nach dem Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki — den Entwurf einer Konvention, mit der die Herstellung und Anwendung aller Atomwaffen untersagt werden sollte. Diesem Vorschlag ließ die UdSSR am 29. Oktober des gleichen Jahres in der UNO-Vollversammlung einen Plan zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen folgen.

● 1954 schlug die Sowjetunion vor, eine Weltkonferenz über die allgemeine Beschränkung der Rüstungen einzuberufen. Im September 1959 legte die Sowjetunion den Vereinten Nationen in der XIV. Tagung ihrer Vollversammlung einen Entwurf über allgemeine und vollständige Abrüstung vor. Seine Grundgedanken billigte die Vollversammlung durch Beschluß vom November 1959; doch wurde dessen Verwirklichung wiederum durch imperialistische Staaten verhindert.

Insgesamt hat die Sowjetunion bisher mehr als 130 Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung unterbreitet. Auf ihre Initiative gehen die internationalen Verträge über Rüstungsstopp und Rüstungsabbau zurück, die in den sechziger und siebziger Jahren durchgesetzt werden konnten, so beispielsweise

- der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963),
- der Weltraumvertrag (1967), der untersagt, Kernwaffen oder andere Massenvernichtungsmittel im erdnahen Raum und auf Himmelskörpern zu stationieren,
- der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968),
- der Meeresbodenvertrag (1971), der verbietet, Kernwaffen oder andere Massenvernichtungsmittel auf dem Meeresboden und im Grund der Ozeane zu stationieren,
- der Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen und Toxinwaffen (1972),
- der Vertrag über das Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (1977),

— eine Reihe bilateraler Abkommen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen Staaten über die Verhütung eines Nuklearkrieges und über die Begrenzung der strategischen Waffen.

Ausgehend vom Friedensprogramm des XXVI. Parteitages der KPdSU, unterbreitete die Sowjetunion der 2. Abrüstungs-sondertagung der Vereinten Nationen 1982 bahnbrechende Initiativen:

● Sie verpflichtete sich feierlich, nicht als erster Staat Nuklearwaffen einzusetzen, und forderte die anderen Kernwaffenmächte auf, diesem Beispiel zu folgen.

● Sie legte ein Memorandum vor, das vorschlägt, ein Programm der nuklearen Abrüstung auszuarbeiten, anzunehmen und etappenweise zu verwirklichen.

● Sie brachte einen Entwurf für die Hauptbestimmungen einer Konvention über das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen ein.

Immer wieder betont die Sowjetunion im Einvernehmen mit ihren Bündnispartnern, daß es keine Waffenart gibt, die der Sozialismus nicht zu begrenzen, zu verringern oder abzuschaffen bereit wäre, wenn dabei die Prinzipien der Gegenseitigkeit und der unverminderten Sicherheit gebührend berücksichtigt werden.

In der 37. UNO-Vollversammlung, die im September 1982 begann, faßte die UdSSR ihre Abrüstungsvorschläge zusammen und ergänzte sie durch weitere Initiativen:

— Alle Staaten sollen sich verpflichten, auf Gewalt und Gewaltandrohung zu verzichten.

— Die Erprobung von Kernwaffen soll unverzüglich eingestellt, ein Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen soll abgeschlossen und bis dahin ein Moratorium für jegliche Kernexplosion verkündet werden.

— Die chemischen Waffen sollen aus den Arsenalen der Staaten verbannt, die Stationierung von Waffen jeder Art im Kosmos soll durch internationalen Vertrag verboten, die konventionellen Rüstungen und die Stärke der Streitkräfte sollen reduziert werden.

— Hinzu kommen konstruktive Vorschläge, um die Konflikt-herde in den verschiedensten Weltregionen mit friedlichen Mitteln zu beseitigen und die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu überwinden.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion sogar von sich aus verschiedentlich einseitig Schritte zur Abrüstung unternommen:

● 1980 hat sie 20 000 Soldaten und 1000 Panzer aus der DDR abgezogen.

● Einseitig hat sie ein Moratorium für die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite auf dem europäischen Teil ihres Territoriums verkündet und die Anzahl solcher Waffen, die Westeuropa erreichen können, bereits beträchtlich vermindert.

Entsprechende Gegenleistungen der Westmächte sind bisher ausgeblieben. Alles in allem hat die Geschichte der vergangenen sechs Jahrzehnte immer wieder deutlich gemacht: In der sowjetischen Friedenspolitik stimmen Wort und Tat überein.

In der Erklärung unseres 15. Parteitages im Oktober haben wir daran erinnert, daß die Sowjetunion vor sechseinhalb Jahrzehnten mit dem Dekret über den Frieden in die Geschichte eingetreten ist und daß sie seit der Zerschlagung des Faschismus unserem Kontinent die längste Friedensperiode des 20. Jahrhunderts gesichert hat. In diesem Dokument haben wir unsere historische Erfahrung bekräftigt, daß der Frieden das oberste Ziel der sowjetischen Außenpolitik ist und daß sich die UdSSR auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit ständiger Verhandlungsbereitschaft, durch zahlreiche Entspannungsvorschläge und mit einseitigen Vorleistungen immer erneut als Hauptkraft im Ringen um den Weltfrieden erweist.

Gleichzeitig haben wir in der Erklärung des Parteitags unterstrichen, daß wir christlichen Demokraten in fester Freundschaft mit der UdSSR verbunden sind, die als freier Bund sozialistischer Staaten seit 60 Jahren die völkervereinende und friedensgestaltende Kraft des Sozialismus verkörpert. Wir haben uns verpflichtet, zu unserem Teil das Zusammenwirken der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion allseitig auszubauen, unseren Staat noch tiefer in der sozialistischen Gemeinschaft verankern zu helfen und dazu beizutragen, daß die auf Frieden und Abrüstung gerichtete koordinierte Außenpolitik unserer Länder weiter verwirklicht wird.

Der proletarische Internationalismus und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung — von diesen beiden Leitlinien ist die gesamte sowjetische Außenpolitik durchdrungen. Der sozialistische Internationalismus ist das lebensspendende Element in den Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern der sozialistischen Gemeinschaft. Die Politik der friedlichen

Koexistenz ist die einzig mögliche, einzig realistische und auch moralisch einzig vertretbare Grundlage für das Verhältnis zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung.

Daß die UdSSR seit ihrer Gründung erstmalig in der Menschheitsgeschichte diese beiden Prinzipien in den Rang von obersten Leitlinien der Staatspolitik erhoben hat, ist das große historische Verdienst des ersten sozialistischen Landes der Welt. Daß sie diesen beiden Maximen unbeirrbar die Treue hält und sie mit aller Kraft vertritt, sichert ihr die Achtung und die Freundschaft aller, denen der Frieden und der gesellschaftliche Fortschritt der Völker am Herzen liegen. Aus Mitverantwortung für den Frieden und für das Wohl des Volkes sind und bleiben wir christlichen Demokraten für immer der Sowjetunion in fester Freundschaft verbunden.

Verfolgt man den Gedanken der deutsch-sowjetischen Freundschaft in die Geschichte unserer Partei zurück, so wird man feststellen, daß gerade die beeindruckende Konsequenz sowjetischer Friedenspolitik ungezählte Mitglieder der CDU zu Freunden der UdSSR werden ließ. Im Grunde beginnt diese Traditionslinie bereits in der Zeit der Weimarer Republik mit Otto Nuschke, dem nachmaligen Mitbegründer und späteren langjährigen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Er war es bekanntlich, der sich schon vor 60 Jahren — noch vor dem Abschluß des Rapallo-Vertrages, noch vor der Gründung der UdSSR — mit seiner bekannten Rede im Preußischen Landtag am 13. März 1922 dafür einsetzte, „das Verhältnis zu dem großen russischen Volke so freundschaftlich wie möglich zu gestalten“ und die Sowjetregierung politisch anzuerkennen, also nicht nur wirtschaftliche, sondern auch diplomatische Beziehungen mit ihr aufzunehmen.

Damals erklärte Otto Nuschke als bürgerlich-demokratischer Politiker: „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn deutsche Generäle sich immer wieder melden und zunächst eine ‚Intervention gegen den Bolschewismus‘ empfehlen. Ich halte es für meine Pflicht, hier festzustellen, daß die große Masse nicht nur der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch des deutschen Bürgertums eine solche Politik des ewigen Krieges auf das allerschärfste verurteilt.“ Einen derartigen Kurs, der zu einem „neuen Völkerkrieg“ führen müsse, bezeichnete Nuschke damals als „ein Zeichen von sittlichem Tiefstand des militaristischen Denkens“, gegen das man sich „auf das allerschärfste wehren“ müsse.

Über sechs Jahrzehnte hinweg haben diese Worte Otto Nuschkes nichts von ihrer Gültigkeit und Aktualität verlo-

ren. In diesen sechzig Jahren hat der Verlauf der Geschichte eindringlich bestätigt, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk, ja ein Grundanfordernis für den Frieden in Europa ist. Mit dem Blut und dem Leben von Millionen, die im zweiten Weltkrieg dem verbrecherischen Antisowjetismus des Hitlerregimes und seiner Aggression gegen das erste sozialistische Land der Welt zum Opfer fielen, mußte diese Erkenntnis bezahlt werden. In unverlierbarem Gedächtnis bleibt uns die Befreiung des Sowjetvolkes, das an der Spitze der Völker der Antihitlerkoalition den Faschismus niedergedrückt und uns die Möglichkeit zum demokratischen Neubeginn gegeben hat.

Mit den grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen seit dem historischen Jahr 1945 schufen die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes das Fundament für den ersten Friedensstaat der deutschen Geschichte, für sein unverbrüchliches Bündnis mit der Sowjetunion. Wir christlichen Demokraten sind stolz auf die Ergebnisse unserer Mitarbeit an diesen gesellschafts- und menschenverändernden Prozessen. In ihrem Vollzug haben wir uns ein für allemal von gesellschaftlichen Verhältnissen abgegrenzt, auf deren Boden der Antisowjetismus entsteht und heute in gefährlicherer Weise denn je zuvor die Politik der herrschenden Kreise durchdringt.

Auch in dieser Hinsicht muten die Worte, mit denen Otto Nuschke vor 60 Jahren die Verfechter eines ewigen Kriegskurses gebrandmarkt hat, heute so aktuell an wie eh und je. Nach wie vor, ja noch lauter als damals rufen heute einflussreiche imperialistische Politiker und Militärs zu einem Kreuzzug gegen den Sozialismus auf. Sie malen das Gespenst einer angeblichen „Gefahr aus dem Osten“ an die Wand und wollen damit in Wirklichkeit nur von ihrem eigenen Streben nach militärischer Überlegenheit und politischer Vorherrschaft in der Welt ablenken. Sie unterstellen den sozialistischen Ländern aggressive Absichten und wollen damit nur den Völkerprotest gegen die NATO-Pläne für einen atomaren Erstschlag, für einen begrenzten oder lang andauernden Nuklearkrieg übertönen. Wir christlichen Demokraten dagegen wissen, und wir bezeugen es durch unser Parteesymbol: „Ex oriente pax“ — aus dem Osten kommt der Frieden!

Mit dem Übergang zu den 80er Jahren hat offensichtlich ein neuer Abschnitt in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus begonnen. Unverkennbar hatte sich in dem vorangegangenen Zeitraum das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Sozialismus verändert.

Erzeugte die UdSSR im Jahr ihrer Gründung nur ein Prozent der industriellen Weltproduktion, so sind es heute rund zwanzig Prozent, und die sozialistischen Länder insgesamt erbringen heute weit über ein Drittel der Industrieproduktion aller Staaten der Erde. Die wissenschaftlich-technischen, die ökonomischen und geistigen Möglichkeiten des Sozialismus, sein Verteidigungspotential, sein Einfluß auf das Weltgeschehen sind erheblich gewachsen. Heute gibt es keine Frage von internationaler Bedeutung mehr, die ohne oder gar gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten entschieden werden könnte. Die nationale Befreiungsbewegung ist weiterhin im Vormarsch. In den Ländern des Kapitals sind die Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts wesentlich erstarkt.

Auf all diese weltpolitischen Prozesse reagieren die aggressivsten Kreise des Imperialismus mit einer neuen, gefährlichen Eskalation ihrer Globalstrategie im Kampf gegen die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft, gegen die nationale Befreiungsbewegung und mit neuen Vorstößen gegen die progressiven Kräfte in den kapitalistischen Ländern selbst. Sie betreiben ein hemmungsloses Wettrüsten, mischen sich fortwährend in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ein und versuchen vor allem, ihren politischen, ökonomischen und militärischen Druck auf die sozialistischen Länder unausgesetzt zu verstärken.

An die Spitze dieser friedensgefährdenden Politik haben sich die reaktionärsten Kreise des amerikanischen Imperialismus gestellt. Was sie bezwecken, hat USA-Präsident Reagan kürzlich bei einer Rede im Staat Ohio wörtlich so ausgedrückt: „Mit der Wiederherstellung der militärischen und strategischen Stärke Amerikas haben wir uns mit einer Außenpolitik versehen“, die „zum globalen Kreuzzug für die Freiheit der Persönlichkeit aufruft“. Unter dieser Freiheit der Persönlichkeit versteht der Präsident der Vereinigten Staaten natürlich den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse und die Expansion des Imperialismus, der verlorengegangene weltpolitische Positionen wiedererlangen und neue dazugewinnen will. Deswegen will die USA-Regierung zusammen mit einigen ihrer NATO-Verbündeten einen Kernwaffenkrieg führbar und gewinnbar machen, deswegen setzt sie die sozialistischen Länder einem Wirtschaftskrieg aus, deswegen verstärkt sie gleichzeitig ihre ideologische Diversion gegen den realen Sozialismus.

Darüber beriet im Oktober 1982 das Außenministerium der USA auf einer Geheimkonferenz mit Wissenschaftlern und

anderen Experten der psychologischen Kriegführung gegen den Sozialismus über neue Aufgaben und Methoden des politisch-geistigen Kampfes gegen die Staaten des Warschauer Vertrages. Bei dieser Gelegenheit erklärte der amerikanische Außenminister Shultz, die USA würden sich verstärkt anstrengen, „das Heraufkommen eines neuen Zeitalters der demokratischen Reform in diesen Ländern zu beschleunigen“ — mit anderen Worten: die Konterrevolution zu schüren. Shultz setzt hinzu, die USA sähen es als „eine moralische und strategische Verpflichtung an, die Rufe nach Hilfe nicht unbeachtet zu lassen, die von freiheitssuchenden einzelnen und Gruppen in kommunistischen Ländern nach außen dringen“. Das also ist der Schlüssel zum Verständnis für die Manöver, mit denen sich die USA fortwährend in die inneren Angelegenheiten Volkspolens einmischen — zum Verständnis auch für die andauernden Bemühungen imperialistischer Kreise, einen Keil in die Gemeinschaft der sozialistischen Bruderländer zu treiben und Zweifel in die Kontinuität der sowjetischen Politik zu säen.

Im Aufruf des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR an die Kommunistische Partei und an das sowjetische Volk nach dem Tode Leonid Breschnew wird eindeutig festgestellt: „Die Sowjetunion wird, gestützt auf ihre Macht, mit größter Wachsamkeit und Ausdauer und in unabänderlicher Treue zu den friedliebenden Prinzipien und Zielen ihrer Außenpolitik beharrlich für die Abwendung der Gefahr eines Atomkrieges von der Menschheit, für Entspannung und Abrüstungskämpfe.“ Mit dieser Aussage der Führungsgremien des Sowjetlandes wird für jedermann deutlich: Die Sowjetunion bleibt unbeirrbar dem Bestreben treu, mit allen Kräften die Kriegsgefahr zu beseitigen und dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, die internationalen Spannungen abzubauen und die gleichberechtigte zwischenstaatliche Zusammenarbeit umfassend zu entwickeln. Sie bleibt dem Bestreben treu, an die Stelle der Konfrontation den Dialog, an die Stelle der Hochrüstung den Rüstungsabbau zu setzen.

Auf dem jüngsten Plenum des Zentralkomitees der KPdSU hat Juri Andropow unterstrichen: Einen dauerhaften Frieden gewährleisten, die Rechte der Völker auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt schützen — das sind die unveränderlichen Ziele der sowjetischen Außenpolitik. „Im Kampf für diese Ziele“, so hob er hervor, „wird die Führung der Partei und des Staates prinzipienfest, konsequent und ausgewogen handeln.“ Die Schwierigkeiten und Spannungen, die gegenwärtig

die internationale Lage kennzeichnen — so betonte er —, können und müssen überwunden werden. Der Entspannungspolitik gehört die Zukunft. Nach wie vor ist die Sowjetunion dafür, das Wettrüsten einzudämmen — ist sie für ein Übereinkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung: für ein ehrliches Abkommen, das die Interessen beider Seiten berücksichtigt.

Diese unveränderlichen Ziele der sowjetischen Außenpolitik stimmen mit den Interessen der Völker, mit den Forderungen der Friedenskräfte in aller Welt zutiefst überein. Dementsprechend heißt es in dem Aufruf an die Mitglieder der KPdSU und an das sowjetische Volk: „In diesem Kampf stehen uns die Bruderländer des Sozialismus, die Kämpfer für nationale und soziale Befreiung, die friedliebenden Länder aller Kontinente, alle ehrlichen Menschen der Erde zur Seite. Die Politik des Friedens bringt die grundlegenden Lebensinteressen der Menschheit zum Ausdruck, und deshalb gehört dieser Politik die Zukunft.“

So ist es kein Zufall, daß in allen entscheidenden Fragen die Vorschläge der Sowjetunion zu Rüstungsstopp und Rüstungsreduzierung identisch sind mit dem Verlangen aller Menschen guten Willens auch in den nichtsozialistischen Ländern — identisch mit jenen Forderungen, auf die sie gegenwärtig ihren Kampf konzentrieren.

● Sie verlangen, keine neuen Atomraketen in Europa zu stationieren — die Sowjetunion erstrebt das gleiche und geht mit gutem Beispiel voran, während die Vertreter der USA-Regierung ihre Parole von der „Null-Lösung“ offenbar so interpretieren, daß sie überhaupt keine Lösung dieses Problems wollen.

● Die Friedensbewegung verlangt, die Atomwaffen einzufrieren und ihre Bestände zu verringern — die Sowjetunion schlägt genau dasselbe vor.

● Die Friedensbewegung fordert die Großmächte auf, auf einen nuklearen Erstschatz zu verzichten — die Sowjetunion hat sich einseitig und bindend zu einem solchen Verzicht verpflichtet.

● Die Friedenskräfte fordern, keine neuen Massenvernichtungswaffen zu entwickeln — die Sowjetunion schlägt vor, alle Kernwaffentests zu untersagen, alle chemischen Waffen zu verbieten und die Neutronenwaffe zu ächten.

Was die Friedensbewegung auf allen Kontinenten fordert — und die Reihe dieser Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen —,

ist also für die Sowjetunion und ihre Verbündeten Hauptinhalt ihrer Staatspolitik und Ziel ihres Strebens nach wirklichen Schritten zur Abrüstung. Gerade diese Tatsache ist es, die der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik das Vertrauen und die Unterstützung aller derer sichert, die es mit Frieden und Abrüstung ernst meinen. Während die USA und andere NATO-Staaten nach einseitiger militärstrategischer Überlegenheit streben und deshalb am Kurs ungehemmter Hochrüstung festhalten, will die Sowjetunion das Wettrüsten zügeln und auf der Grundlage von Gleichheit und gleicher Sicherheit reale Maßnahmen der Abrüstung durchsetzen, damit der Frieden bewahrt und gefestigt wird.

Frieden ist die wichtigste Voraussetzung für die gegenwärtige wie für die künftige Entwicklung des Sozialismus. Der Frieden ist zugleich die grundlegende Bedingung für die gegenwärtige wie für die künftige Existenz der Menschheit. Deswegen sind Frieden und Sozialismus identisch — deswegen ist die Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages die entscheidende Bürgschaft für den Frieden, für die Sicherheit der Völker.

Auf der Außerordentlichen Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU am 12. November 1982 erklärte Juri Andropow: „Wir wissen wohl, daß man den Frieden von den Imperialisten nicht erbitten kann. Man kann ihn nur verteidigen, indem man sich auf die unüberwindliche Macht der sowjetischen Streitkräfte stützt.“ Juri Andropow erinnerte an das Vermächtnis Leonid Iljitsch Breschnews, dafür zu sorgen, „daß sich die Verteidigungsfähigkeit des Landes stets auf der Höhe der Zeit befindet“. Diese Notwendigkeit gilt für das Verteidigungsbündnis des Warschauer Vertrages insgesamt — und es gilt insbesondere in der gegenwärtigen Zeit, in der die aggressivsten Kreise der NATO, insbesondere der USA, mit ihrer abenteuerlichen Politik die internationale Lage in so besorgniserregender Weise verschlechtert haben.

Um so größer ist die Verantwortung aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft für gemeinsame friedenssichernde Aktionen auf der Grundlage des Friedensprogramms für die achtziger Jahre, das der XXVI. Parteitag der KPdSU beschlossen hat. Wir christlichen Demokraten stellen uns hinter die Friedensvorschläge der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages; sie zielen darauf ab, das Wettrüsten endlich einzustellen, die Rüstungen zu vermindern, unseren Kontinent und sein Umfeld frei von Atomwaffen zu machen und damit die Zukunft Europas, ja den Frieden der

Welt zu sichern. In einer solchen Politik erblicken wir den sichtbarsten Ausdruck humanistischer Verantwortung für das Geschick der Menschheit. Diese Politik zu unterstützen bedeutet für uns christliche Demokraten, den Dienst am Frieden und am Mitmenschen in einer Weise zu verrichten, die den Erfordernissen unserer Zeit entspricht.

Ein starker Sozialismus ist der sicherste Garant für einen festen Frieden. Die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft ständig zu vertiefen und insbesondere den Kampfbund mit der Sowjetunion auf allen Gebieten auszubauen — das ist entscheidende außenpolitische Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik. Auf dem Krimtreffen Erich Honeckers mit Leonid Breschnew im August 1982 wurde betont, daß die feste Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der DDR ein zuverlässiges Unterpfand für weitere Erfolge bei der Lösung der Aufgaben des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus darstellt. Geschichte, Gegenwart und Zukunft unseres sozialistischen Staates sind und bleiben untrennbar mit der brüderlichen Freundschaft zum ersten, stärksten und erfahrensten sozialistischen Staat der Welt verbunden.

Die Ergebnisse unseres sozialistischen Aufbaus sind in hohem Maße darin begründet, daß wir die von der Sowjetunion erprobten allgemeingültigen Gesetze der sozialistischen Revolution und die reichen Erfahrungen der KPdSU jederzeit genutzt und schöpferisch auf die Lösung unserer eigenen Aufgaben angewandt haben. Auch künftig gilt der Grundsatz: Je weiter der Aufbau des Sozialismus in der DDR voranschreitet, desto enger gestaltet sich die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Erich Honecker hat unlängst in seinem „Prawda“-Artikel zum 33. Nationalfeiertag der DDR darauf hingewiesen, daß es heute schon nicht mehr ausreicht, Vereinbartes verlässlich weiterzuführen, sondern daß neue Möglichkeiten zu erschließen sind, um gemeinsame Vorhaben zum gegenseitigen Vorteil in Angriff zu nehmen. Gemeinsam vollziehen unsere beiden Länder den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft — gemeinsam gilt es die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen zu mobilisieren, die dafür erforderlich sind. Den Weg dazu weist das Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen unseren beiden Staaten bis zum Jahre 1990.

● Gegenwärtig bestehen zwischen der DDR und der UdSSR 160 Regierungs- und Ministerabkommen über die ökonomischen

mische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Sie wirken sich außerordentlich positiv auf das Leistungs- und Effektivitätswachstum beider Volkswirtschaften aus. So werden allein durch die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern rund 75 Prozent der wichtigsten Aufgaben realisiert, die sich bis 1985 aus dem DDR-Staatsplan „Wissenschaft und Technik“ und aus den entsprechenden Plänen der Kombinate ergeben. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt aber ist bekanntlich die Schlüsselfrage für die Lösung der Hauptaufgabe, also für Kontinuität, Stabilität und Dynamik unserer Gesellschaftspolitik in allen Bereichen.

● Der gegenseitige Außenhandelsumsatz wird im Zeitraum des jetzigen Fünfjahrplans den Wert von 58 Milliarden Rubel übersteigen. Einen Warenaustausch von solchem Ausmaß hat es in der Geschichte des Welthandels noch nicht gegeben. Die sowjetischen Rohstofflieferungen — 1983 beispielsweise 17,1 Millionen Tonnen Erdöl und über eine Million Tonnen metallurgische Erzeugnisse — sind für unsere Volkswirtschaft lebenswichtig, weil bekanntlich unsere eigene Rohstoffbasis begrenzt ist. Nur durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion lassen sich unsere ökonomischen wie unsere sozialpolitischen Ziele verwirklichen. Die Bedeutung der sowjetischen Lieferungen steigt noch zu einem Zeitpunkt, da die imperialistische Boykott- und Embargopolitik die außenwirtschaftliche Situation erschwert. Außerdem lagen in den letzten Jahren und liegen auch gegenwärtig die Einfuhrkosten entsprechend den Preisbildungsprinzipien des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wesentlich unter den kapitalistischen Weltmarktpreisen.

● Ebenso wichtig für unsere Volkswirtschaft ist die Beteiligung am Bau von sowjetischen Objekten, die auf lange Sicht unsere Versorgung mit entscheidenden Rohstoffen gewährleisten werden. Dazu gehört unsere Teilnahme am Bau der Erdgasleitung Urengoi-Ushgorod, am Aufbau des Zellstoffkombinats Ust-Ilimsk oder am Asbestkombinat Kijembai.

Für alle Werktätigen und auch für die Mitglieder unserer Partei sollte es eine Ehrensache sein, daß die Leistungen für die Sowjetunion, die wir in diesem Zusammenhang zu erbringen haben, termingetreu und in ausgezeichneter Qualität erfolgen, daß wir sparsam mit den sowjetischen Rohstoffen umgehen und im sozialistischen Wettbewerb immer wieder nach neuen Lösungen suchen, um diese Rohstoffe und Ma-

terialien so effektiv wie möglich zu nutzen. Das entspricht der ökonomischen Strategie der DDR, die auf dem X. Parteitag der SED als der einzig mögliche Weg zur weiteren Lösung der Hauptaufgabe unter den Bedingungen der achtziger Jahre begründet und beschlossen worden ist.

Diese Strategie wird um so erfolgreicher in die Tat umgesetzt werden, je enger wir uns mit der Sowjetunion verbinden und ihre Erfahrungen studieren, je mehr wir die Kräfte unserer beiden Länder innerhalb der sozialistischen ökonomischen Integration koordinieren und zusammenfassen. Mehr noch als in der Vergangenheit wird in den achtziger Jahren das Tempo unseres ökonomischen Leistungsanstiegs, wird damit auch das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bürger der DDR davon abhängen, wie es gelingt, die Volkswirtschaften der DDR und der UdSSR miteinander zu verflechten. Das ist eine Aufgabe von internationaler Dimension — nicht nur im Blick auf die bilateralen Beziehungen, sondern auch mit dem Ziel, die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus noch deutlicher sichtbar zu machen und die Atomkriegspläne der aggressivsten Kreise des Imperialismus zu durchkreuzen.

Während sich die Krise des kapitalistischen Systems immer weiter vertieft und ihre soziale Folgen für die Werktätigen immer nachhaltiger spürbar werden, verfügen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft über ein klares Konzept, die Herausforderungen der achtziger Jahre zu meistern — über die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In ihrem Mittelpunkt steht der Mensch, stehen seine Bedürfnisse und Fähigkeiten, seine soziale Sicherheit und Geborgenheit. Dieses Konzept ist darauf gerichtet, die Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus voll zur Geltung zu bringen, all seine Entwicklungspotenzen im Interesse des Volkes auszuschöpfen. Dazu aber brauchen wir den Frieden, und dazu brauchen wir die Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion.

Die Fundamente dieser Gemeinsamkeit, die Bedingungen, Erfordernisse und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR haben sich im zurückliegenden Zeitraum wesentlich erweitert. Auch das gehört zu den Merkmalen der achtziger Jahre. Als Bürger unseres sozialistischen Staates sind wir stolz darauf, zu den zuverlässigen und erprobten Bündnispartnern der Sowjetunion zu gehören; denn sie ist die weltpolitisch entscheidende Kraft, um die Grundprobleme unserer Epoche im Kampf um Frieden und Demokratie, um nationale Gleichberechtigung und sozialen Fortschritt zu lösen. Indem wir unsere Republik allseitig stärken

und ihren Bruderbund mit der Sowjetunion zielstrebig ausbauen, erfüllen wir zugleich die hohe internationale Pflicht, der die DDR als ein Eckpfeiler des Friedens und des Sozialismus in Europa gerecht zu werden hat.

Die Kampfgemeinschaft zwischen unseren beiden Staaten und Völkern ist in Jahrzehnten gewachsen und erstarkt; sie hat die Probe der Geschichte bestanden. In all den Jahren, in denen wir christlichen Demokraten unsere Arbeit für Sozialismus und Frieden leisten, ist uns die Freundschaft mit der Sowjetunion zur Herzenssache geworden. Durch die Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus, durch die aktive und verantwortliche Teilnahme an den politischen und ökonomischen, den sozialen und geistigen Wandlungsprozessen, die damit zusammenhängen, wurden wir gleichzeitig zu Mitgestaltern des freundschaftlichen Verhältnisses, das unseren Staat auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens immer enger mit der Sowjetunion verbindet.

In Beruf und Gesellschaft tragen wir schöpferisch dazu bei, das brüderliche Zusammenwirken zwischen unseren Ländern, zwischen dem Sowjetvolk und dem Volk unserer sozialistischen Republik ständig zu erweitern und auszubauen. Aktiv wirken wir in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Mitarbeit in dieser Gesellschaft, der über 95 Prozent unserer Mitglieder angehören, ist für uns seit Jahrzehnten zu einer Schule des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus geworden.

Unsere Partei unterstützt den Gedanken der deutsch-sowjetischen Freundschaft auch dadurch, daß der Hauptvorstand seit 25 Jahren regelmäßig Reisegruppen in die UdSSR entsendet, deren Teilnehmer sich mit den Erfahrungen des Sowjetvolkes beim Aufbau der neuen Gesellschaft, mit der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion vertraut machen und mit eigenen Augen die Wahrheit auch über das kirchliche Leben im Sowjetland kennenlernen. Die Mitglieder dieser Delegationen — darunter Theologen und kirchliche Amtsträger, hauptamtliche Funktionäre und andere Freunde unserer Partei — berichten anschließend in vielfältiger Weise über die Eindrücke, die sie bei ihrem Aufenthalt in der Sowjetunion gewonnen haben, und wirken damit nicht nur in unseren Parteiverbänden, sondern auch im Gespräch mit parteilosen christlichen Bürgern für den Gedanken der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

Namentlich mit der Russischen Orthodoxen Kirche wissen wir uns seit vielen Jahren durch ein Verhältnis kontinuierlicher Zusammenarbeit für den Frieden und für das Wohl-

ergehen unserer Völker verbunden. Tatkräftig haben wir die Initiative des Patriarchen Pimen zu einer Weltkonferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens unterstützt und im Mai 1982 mit einer Delegation unserer Partei in Moskau aktiv zum Gelingen der Konferenz beigetragen. Die Ergebnisse dieses repräsentativen Treffens helfen uns, den Kirchen unseres Landes in Wort und Tat zu verdeutlichen, wie Christen ihre tätige Mitverantwortung für den Frieden heute wirksam in den Kampf aller Friedenskräfte einbringen können, die darum ringen, die Gefahr einer nuklearen Katastrophe abzuwenden und der Menschheit ein Leben ohne Krieg zu gewährleisten.

In vielfältiger Weise sind Mitglieder unserer Partei auch an ihrem Arbeitsplatz daran beteiligt, die freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu vertiefen. Die Zusammenarbeit auf ökonomischem, auf wissenschaftlich-technischem, auf kulturellem Gebiet, in der Volksbildung, im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen ist für ungezählte Freunde zu einem unmittelbaren Bestandteil ihres Lebens und ihres beruflichen Wirkens geworden. In der Praxis, die bekanntlich der beste Lehrmeister ist, haben sie am eigenen Beispiel erlebt und erfahren, daß die Kooperation mit der Sowjetunion bedeutenden Nutzen bringt, ja daß sie ein Lebenselement unserer sozialistischen Gesellschaft darstellt und die wichtigste internationale Voraussetzung für ihren weiteren Ausbau ist. Diese Erkenntnis wird durch die politisch-ideologische Arbeit der Vorstände unserer Partei zielstrebig gefördert und gefestigt.

Für uns christliche Demokraten sind die tätige Parteinahme für den weiteren Aufbau des entwickelten Sozialismus in unserer Republik und das aktive Bekenntnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion zwei Seiten ein und derselben politischen Grundposition. Indem wir die Deutsche Demokratische Republik allseitig stärken, helfen wir zugleich, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu vertiefen und das internationale Gewicht der sozialistischen Staatengemeinschaft zu erhöhen. Umgekehrt dient alles, was wir für den Ausbau der Freundschaft mit der Sowjetunion tun, in gleichem Maße dem weiteren politischen und wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt in unserem Lande, dem Wohl unserer Bürger und dem Gelingen der Friedenspolitik unseres Staates, die mit der Außenpolitik der Sowjetunion und aller anderen Bruderländer auf das engste abgestimmt ist.

Auf unserem 15. Parteitag haben wir im Bericht des

Hauptvorstandes an die Delegierten bekräftigt, daß unser Bündnis mit der Sowjetunion die feste Grundlage für die Sicherheit unserer Republik und für weitere Erfolge bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist und bleibt. Gleichzeitig haben wir herausgearbeitet, daß die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion weiter wächst. Das ergibt sich aus den neuen Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, aber auch aus den neuen Anforderungen im Kampf um den Frieden. Im Bewußtsein der hohen Verpflichtung, die sich daraus ergibt, begehen wir christlichen Demokraten den 60. Jahrestag der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gemeinsam mit allen anderen Kräften der Nationalen Front als einen Festtag unseres ganzen Volkes, das mit dem Sowjetvolk in fester Freundschaft zusammensteht.